

GMD und Chefdirigent*innenkonferenz e.V. · c/o Eckehard Stier · Tolstoistraße 6 · 01326

DER VORSTAND
Prof. Marcus Bosch (V.)
Will Humberg
Mihkel Kütson
Marc Niemann
Eckehard Stier

EHRENMITGLIEDER
Prof. Dr. Peter Gülke
Prof. Dr. Hartmut Haenchen

Bordell ja, Bohème nein?

GMD Konferenz fordert erkennbare Plausibilität der Entscheidungen von Politik und Behörden

Ein Zwischenruf

Die GMD- und Chefdirigent*innenkonferenz übt Kritik an der fehlenden Plausibilität der Entscheidungen zu Publikumszugang und Arbeitsbedingungen im kulturellen Bereich. Insbesondere ist die Diskrepanz zwischen den geltenden Standards in Wirtschaft und Kultur nicht tragbar. Weiter betrachten wir mit großer Sorge die sich derzeit verschlechternden Vertragsstandards und die fehlende Solidarität gegenüber den freischaffenden Kulturtreibenden, deren Existenznot das gesamte Kultursystem der Bundesrepublik gefährdet.

Ein täglicher Schlag ins Gesicht aller Kulturschaffenden ist der Blick in die Corona Verordnungslage und deren Umsetzung: Volle Flüge und Züge ja, Friseurbesuche ohne Abstand ja, volle Strände ja, am Ende gar Wiederaufnahme des Bordellbetriebs, volle Theater und Konzertsäle auf und vor der Bühne nein. Trotz umfangreicher Sicherheitskonzepte wird weitgehend eine wirtschaftlich sinnvolle Saalbelegung verweigert, wie sie in unseren Nachbarländern bereits jetzt praktiziert wird.

Die Kultur leidet oft unter der Bürokratie, in der Wirtschaft bestimmt dagegen häufig die jeweilige Lobby.

Eine weitere große Gefahr für das Musikleben ist die wirtschaftlich katastrophale Situation der freischaffenden Künstler*innen, denen unbürokratische Hilfen angekündigt wurden. Zwar haben sich viele Hilfsprogramme als sinnvoll und effektiv herausgestellt, doch greifen nach wie vor viele Kriterien dieser Programme nicht, so dass immer noch viel zu viele Soloselbständige auf die Beantragung und den Bezug von Hartz4 angewiesen sind und selbst damit vor den Scherben ihrer Existenz stehen.

Auch hier gilt wie bei der Lufthansa: Staatsrettung ist besser als Insolvenz!

Erschreckend auch die Entwicklung, der Vertragsgestaltung für Freischaffende Künstler*innen: neu eingeführte Coronaklauseln, neue Zahlungsausschlüsse aus Gründen, die eindeutig Betriebsrisiko der

Theater sind und allzu häufig die Totalverweigerung von Ausfallgagen. Nicht die vielbeschworene Solidarität regiert, sondern manche nutzen die Krise, um Vertragsbedingungen für Gastkünstler (Musiker*innen, Sänger*innen, Regisseur*innen, Dirigent*innen etc.) zu verschlechtern. In diesem Zusammenhang sind natürlich auch und gerade die Träger der Kulturinstitutionen in der Pflicht. Wir regen daher die Einrichtung eines runden Tisches an, um faire Vertragsstrukturen zu entwickeln.

Absurd auch der Zwang vieler Theater und Orchester, lieber aus haushalterischen Gründen Kurzarbeit zu beantragen als zu spielen. Hier die klare Aufforderung: Das Spielen muss das Primat haben - die Regelung des Kurzarbeitergelds muss der Kunst folgen, nicht umgekehrt!

Jeder Tag, an dem wir jetzt und in der Zukunft nicht zu hören, sehen und erleben sind, würde all denen in die Hände spielen, die Kunst für entbehrlich halten!

Die Relevanz der Kultur sowohl ideell (eines der weltweit beachteten, geschätzten und beneideten Alleinstellungsmerkmale Deutschlands, wie die Nominierung der deutschen Theater- und Orchesterlandschaft für die immaterielle Welterbeliste der UNESCO zeigt) als auch ökonomisch (1,2 Millionen Beschäftigte / 100 Milliarden Umsatz als drittgrößter Wirtschaftszweig und die hinlänglich belegte Umwegrentabilität der Kultur) liegt auf der Hand.

Unsere Forderung ist: Lassen wir nichts unversucht, dass dieses Virus und der Umgang damit nicht ein System zerstört, das über Jahrhunderte gewachsen ist, weltweit ausstrahlt und Grundlage unseres humanistischen Weltbildes und unserer bewunderten Ausbildungskultur ist.

Gerade für die kommenden Monate und Jahre wird es wichtig sein, nicht nach dem Motto zu handeln: *Ist das eine freiwillige Leistung? Dann kann's weg!*

Ein Rettungsschirm für die dichteste Theater- und Orchesterlandschaft der Welt muss zwingend Kultur als Staatsziel für Bund, Länder und Gemeinden festschreiben, denn die gesamte Gesellschaft profitiert davon.

Bewahren wir diesen Reichtum, bevor er leichtfertig verspielt wird!

GMD und Chefdirigent*innenkonferenz

Dresden, der 30.06.2020